

Sozialdemokratie

Sozialdemokratie, Name 1848 in Frkr. aufgekommen, Bezeichnung für polit. Gruppenbildung, die zur Lösung der sozialen Frage Sozialismus und Demokratie zu verbinden sucht; heute Bez. für polit. Parteien mit dieser Zielsetzung in Dtl., Österr., der Schweiz, Skandinavien und anderen Ländern (bis 1917 auch in Rußland; in West- und Südeuropa sozialist. oder Arbeiterparteien genannt.) - In Dtl. findet der demokratische Sozialismus als polit. Organisation erstmals Ausdruck in dem 1863 von Ferdinand von Lassalle gegr. Allgemeinen Dt. Arbeiterverein, der die sozialen Arbeiterprobleme auf friedl. Wege mit Hilfe des Staates zu lösen sucht (nationales und staatssozialist. Programm). In Opposition zu Lassalle gründen 1869 August Bebel und Wilhelm Liebknecht, beide seit 1867 Abgeordnete im Norddt. Reichstag, in Eisenach unter Ausschaltung der Lassalleaner die "Sozialdemokratische Arbeiterpartei" auf der Grundlage des Marxismus; als Nahziele werden aufgestellt: allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung durch das Volk, progressive Steuern statt indirekter Steuern u.a. Auf dem Parteitag in Gotha (1875) schließen sich nach heftigen Auseinandersetzungen Lassalleaner und Arbeiterpartei zur "Sozialistischen Arbeiterpartei Dtl." mit einem Kompromißprogramm ("Gothaer Pr." mit Nah- und Fernzielen) zusammen; das "Gothaer Programm" wird von Marx und Engels abgelehnt; der marxist. Flügel gewinnt die Oberhand; die Partei wird im Zuge der starken Industrialisierung zum polit. Machtfaktor; 1878 wird die Partei zu Unrecht mit zwei Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. in Verbindung gebracht und als "gemeingefährlich" und "internationalistisch" durch Reichsgesetz verboten (Sozialistengesetz); in der Untergrundarbeit wächst die Organisation trotz Verfolgungen weiter (1887 bei den Reichstagswahlen 763000, 1890 1,43 Mill. Stimmen). Auslaufen des Sozialistengesetzes 1890. Neubildung der Partei unter dem heutigen Namen "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (SPD); 1891 Erfurter Parteitag und "Erfurter Programm" (von Karl Kautsky entworfen): Abkehr vom Lassallismus, Rückkehr zum ursprüngl. Marxismus mit konkreten Gegenwartsforderungen, die aufgrund der bestehenden Gesellschaftsordnung verwirklicht werden sollen: allgem., gleiches und direktes Wahlrecht, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Provinz und Gemeinde, Volkswehr anstatt des stehenden Heeres, freie Meinungsäußerung, Gleichberechtigung d. Frau, Erklärung der Religion zur Privatsache und Forderung weltlicher Schulen, unentgeltliche Rechtspflege und ärztliche Hilfe, abgestufte Steuern, Arbeiterschutzgesetze, Betriebsüberwachungen, Sicherung des Koalitionsrechts, Reichsarbeiterversicherung. Infolge des sprunghaften Wachstums der Partei setzt sich in d. Praxis die gemäßigte sozialreformerische, "revisionistische" Richtung durch, bes. in Verbindung mit den erstarkten Gewerkschaften (Wortführer des "Revisionismus" E. Bernstein); der sozialrevolutionäre und der gemäßigte Flügel sind einig u.a. in ihrer Regierungsopposition, im Zusammenwirken mit d. Gewerkschaften, in der Anerkennung des Streiks als polit. Kampfmittel (Jenaer Parteitag 1903); 1912 stellt die SPD mit 4,5 Mill. Wählern und 110 Abg. die stärkste Reichstagsfraktion. Im Zusammenhang mit der Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD, 1916 Abspaltung einer sozial und politisch revolutionären sozialdem. Oppositionsfraktion im Reichstag, die 1917 eine von den "Mehrheitssozialisten" "Unabhängige sozialdemokratische Partei Dtl." (USPD) gründet; 1917 Abspaltung des äußersten linken Flügels unter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ("Spartakusbund", der 1918 zur KPD wird); 1918 Zusammenarbeit der Unabhängigen und Mehrheitssozialisten im "Rat der Volksbeauftragten" und nach der Thronentsagung Kaiser Wilhelms II. Ausrufung der RpbL durch Scheidemann (SPD); die SPD wird maßgeblicher Faktor bei der Bildung der demokratisch.-parlamentarischen Weimarer RpbL. (Verhinderung der Rätediktatur nach sozialist. Muster); der Sozialdem. Fritz Ebert wird 1. Reichspräs., Scheidemann 1. Ministerpräsident.; 1920 Spaltung der Unabhängigen, die Mehrheit tritt zur KPD, der Rest zur SPD über. Die SPD ist Koalitions- und mehrmals Regierungspartei in

Verbindung mit bürgerl. Mittelparteien; 1933 lehnt sie als einzige Partei das Ermächtigungsgesetz Hitlers ab und wird verboten; ihre Anhänger werden verfolgt. Neugründung der SPD 1945 durch Kurt Schumacher; nach 1945 trotz Oppositionsstellung im Bund entscheidend am Wiederaufbau beteiligt; Ausbildung eines neuen revidierten Grundsatzprogramms (Abwendung vom doktrinären Marxismus). Nach dem Tode Schumachers (1952) Erich Ollenhauer Parteivorsitzender (gest. Dez. 1963), seit Febr. 1964 Willy Brandt Parteivorsitzender. Nov. 1959: Godesberger Programm: Abkehr vom marxist. Dogma; die Partei will Volkspartei, nicht Klassen- oder Weltanschauungspartei sein; Zustimmung zur Westintegration u. zur freien Marktwirtschaft. Dez. 1966: Die S. wird Reg.-Partei (Große Koal. mit CDU/CSU und W. Brandt als Vizekanzler; 1969 wird G. Heinemann der erste sozialdemokrat. Bundespräsident der Bundesrepublik Dtl. Von 1969 bis 1982 sozialliberale Koalition, W. Brandt Bundeskanzler. 1983 verläßt der Fraktionsvorsitzende der SPD und polit. Theoretiker Herbert Wehner aus Altersgründen den Bundestag, er ist entscheidend an der Wandlung der SPD von einer Klassen- zur Volkspartei beteiligt. Die Nachfolge von W. Brandt als SPD-Parteivors. tritt 1987 H.-J. Vogel an, der die programmatische Erneuerung der Partei (mit Schwerpunkten Gleichberechtigung der Frauen, Solidarität mit den Schwachen in der Gesellschaft) fortsetzt. Zu den Ereignissen, die zur Vereinigung der beiden Teile Dtl. führen (1989/90) nehmen die SPD und ihr designierter Kanzlerkandidat O. Lafontaine eine zwiespältige Haltung ein (Warnung vor Finanzierbarkeit der dt. Einheit), was der Partei im Dez. 1990 eine schwere Wahlniederlage einträgt und die SPD nach dem Verzicht O. Lafontaines und H.-J. Vogels auf den Parteivorsitz in eine Krise stürzt; auf dem Parteitag im Mai 1991 wird der 51jährige Björn Engholm, Kieler Ministerpräsident, zum neuen Parteichef gewählt.

Sozialismus (von lat. socius, Gefährte, Genosse);

- 1) Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der die Klassenunterschiede aufgehoben sind, indem die Produktionsmittel aus Privat- in Gemeineigentum überführt werden und die Produktion unter Ausschaltung der freien Konkurrenz und des Profits für den einzelnen gemeinwirtschaftlich betrieben wird (sozialist. Planwirtschaft). -
- 2) Weltanschauliches System, das diese Ordnung ethisch rechtfertigt und geschichtsphilosophisch, nationalökonomisch usw. begründet. -
- 3) Polit. Bewegung, die auf dieses Ziel hinarbeitet. - Der Ausdruck S. taucht erstmals 1832 in einer frz. Zeitschrift auf; doch sind im allgem. Sprachgebrauch des 19. Jhs. S. und Kommunismus identische Begriffe, erst in neuerer Zeit setzt sich in der polit. Praxis die Unterscheidung durch (Kommunismus; nach der marxist.-leninist. Theorie ist der S. die Vorstufe zum Kommunismus). Im weitesten Sinne sozialistische (= kommunistische) Gedankengänge lassen sich bis in die Antike zurückverfolgen (Platos Idealstaat), sie äußern sich in rein literarischen Utopien, die meist aus dem ethischen Protest gg. die Mängel der bestehenden Gesellschaftsordnung hervorgehen und trotz prakt. Bedeutungslosigkeit doch ins 19. Jh. nachwirken; berühmte Utopien: 1516 "Utopia" von Thomas Morus, 1620 "Civitas Solis" (Sonnenstaat) v. Campanella, 1656 "Oceana" von Harrington, 1753 "Code de la nature" von Morelli, 1840 "Reise nach Ikarien" von Cabet, der bereits die prakt. Verwirklichung seiner Ideale versucht. Wissenschaft und Praxis verbinden sich in unterschiedlichem Verhältnis im Wirken der Franzosen Comte, St. Simon, Infantin, Fourier, Considérant, Proudhon, Blanc u.a. sowie des Engländers Owen; in Dtl. vertritt Fichte sozialist. Ideale (1800 "Der geschlossene Handelsstaat"), nachhaltiger wirkt Rodbertus (um 1850) mit dem Versuch einer Synthese aus preuß. Konservatismus und S. Der moderne S., als polit. Massenbewegung bes. des Industrieproletariats und als Gegenpol zum Kapitalismus, übernimmt das von Marx und Engels geschaffene System, den Marxismus, als ideolog. Grundlage; politisch führend wird in Dtl. die Sozialdemokratie unter August Bebel und Wilhelm Liebknecht als die bis in den 1. Weltkrieg

"klassische" sozialistische Arbeiterpartei (nachdem d. Lehren Lassalles als "Staatssozialismus" verworfen worden sind). Den internationalen S. (Internationale) begleiten als Nebenströmungen der Anarchismus und der Syndikalismus; einen eigenen Weg geht die englische Labour Party, deren nichtrevolutionärer "Reformismus" v. orthodox-marxist. Sozialisten ebenso scharf abgelehnt wird wie der "Revisionismus" innerhalb des marxist. S. Nach dem 1. Weltkrieg scheiden sich in fast allen Ländern die "Mehrheitssozialisten" als Vertreter des "demokrat. S." von den Kommunisten.

Sozialistengesetz

Ausnahmegesetzgebung gg. d. dt. Sozialdemokratie 1878-1890; als Gesetzesvorlage im Reichstag von Bismarck unter taktischer Ausnutzung eines Attentats auf Kaiser Wilhelm I. eingebracht, um ein weiteres Anwachsen der sozialist. Stimmen (500000) zu verhindern u. um die Nationalliberalen, die anfangs gg. das Gesetz Verfassungsbedenken vorbringen, zu schwächen; vom Reichstag erst nach dem 2. Attentat und Neuwahlen (mit dem von Bismarck erwünschten Ergebnis) angenommen und mit wechselnden Mehrheiten mehrmals verlängert; in der Auswirkung nur anfangs erfolgreich (Zerschlagung der sozialdemokratischen Parteiorganisationen, Verbot der Parteipresse usw.), dann immer wirkungsloser und von den Sozialisten umgangen ("Rote Feldpost", Zeitungsschmuggel aus der Schweiz); schließlich (abgelaufen 1890) trotz Bismarcks Drängen nicht mehr verlängert; das S. entfremdet große Teile der dt. Arbeiterschaft dem Staat, macht sie aber als Gesellschaftsklasse selbstbewußt u. "provoziert" andererseits d. Kaiserreich zur Sozialgesetzgebung.